

Ausgabe 2.2010

klartext

Magazin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

ÜBER DIE
ARBEIT

Titel

Über die Arbeit

- Ist der 1. Mai noch zeitgemäß? |4
- Der 1. Mai - immer noch ein Tag für die Zukunft |5
- Vom wundersamen Aufstieg der ARBEIT und deren Hinterfragung |6

Themen

- Zur Programmdebatte der LINKEN |2
- Sachsen-Anhalt in Berlin |3
- We will not pay your crisis! |8
- Neuausrichtung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus? |9
- Afghanistan: Gibt es einen Ausweg? |10
- Vom Neumitgliedertreffen |11
- Kein öffentliches Interesse? |12
- Da wächst was zusammen ... |16

Kolumne

- Nahe Aufgaben |14

Buchtipp

Ist ein Parteiprogramm der richtige Ort für Zweifel? Oder, konstruktiver ausgedrückt, für Fragen? Zu Zeiten der programmatischen Eckpunkte - dem vorläufigen Grundsatzpapier vor dem Grundsatzprogramm - war das so. Die Identität der neuen LINKEN sei noch nicht bestimmt, der Kern gemeinsamer Überzeugungen noch nicht geklärt, wurden die offenen Fragen am Ende der Eckpunkte gerechtfertigt (- als ob das Suchende ein Makel an sich wäre).

Nun ist es soweit, nach zwei Jahren Programmkommission liegt der Entwurf vor. Dieser soll nun wiederum zwei Jahre in aller Breite diskutiert werden, und von einem Parteitag oder Mitgliederentscheid verabschiedet werden. Absurd sind insofern alle die Bemerkungen, die den auf dieser Grundlage begonnenen Diskussionsprozess als eher marginal zu beschreiben versuchen.

Die nächsten zwei Jahre werden wahrscheinlich wichtiger sein als das Produkt am Ende. Wichtiger, weil in ihnen der Zustand der Partei anders ausgeleuchtet werden kann, als dies eine Programmkommission allein vermag. Oder sind es gar Zustände: Welche Einwände kommen aus dem Osten, welche aus dem Westen, welche Strömung, welche Generation argumentiert vor welchem Hintergrund? Und wird man es schaffen, über die Partei hinaus einen nennenswerten Dialog zu erreichen? Oder ist dies weniger wichtig, weil Programmfragen zuerst Parteifragen sind? Nein, weil eine linke Partei nicht nur Klientelpolitik betreibt und strategisch über die Ansprache möglicher Mitglieder und des potentiellen Wählerklientels entscheidet. Im Gegensatz zu anderen Parteien beschreibt sie ein Gesellschaftsprojekt, sowohl das utopische als auch das, was man die realen Verhältnisse nennt.

An diesem Anspruch gemessen, hätte man vielleicht die gesellschaftliche Alternative nicht zu allererst mit sich selbst identifizieren sollen.

Wenn DIE LINKE die Alternative zu allen anderen Parteien ist, dann obliegt es ihr allein(?) den richtigen Weg zu kennen. Ein vorschneller und unrechtmäßiger Vorwurf von Avantgardismus? In der Tat, es wird vorsichtiger argumentiert. Aber sind es nicht doch die altbekannten Pfade, wenn „Arbeit“ und „Vollbeschäftigung“ der eigentliche Dreh- und Angelpunkt der politischen Agenda einer LINKEN für die nächsten 10 bis 30 Jahre sein sollen? Sicher, die Autorinnen und Autoren werden sich verwahren, damit das arbeitspolitische (Pseudo-)Programm des „neoliberalen Blockes“ weiter, besser oder parallel schreiben zu wollen. Vom Menschen her gedacht sei wohl die Absicht, in Würde von guter Arbeit, also (im Wesentlichen gemeint) von gut bezahlter Arbeit leben zu können. Das ist dann auch dazu passfähig, die heutigen Gewerkschaften nicht nur zur sozialen Bewegung zu erklären, sondern auch noch zu deren Idealtypus.

Wenn dann gleichzeitig „Unmut zu aktivem Protest“ werden soll, scheint dies für die Verfasser nur mit selbstbewussten - also klassenbewussten Arbeitern umsetzbar zu sein. Was diese Subjektbeschreibung mit dem 21. Jahrhundert zu tun hat, lässt der Programmentwurf offen. Wer aber keine Zweifel hat, dass das 19. Jahrhundert für eine Bewegung der Arbeitenden des 21. Jahrhunderts die Grundbegriffe liefert, die nur sprachlich adaptiert und ergänzt werden müssten, der hat das 20. Jahrhundert nicht verarbeitet. Eine LINKE muss die Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts ernst nehmen, und sie wird zu anderen Einschätzungen kommen: über die bürgerliche Freiheit, über die Frage nach Akteuren gesellschaftlicher Veränderungen (nach links), über die Zuversicht, dass sozialer Unmut zu linkem Protest werden wird. Sie wird mehr Fragen als Gewissheiten haben, mit einer Ausnahme - dass es die Sehnsucht nach der Utopie braucht. **| Anke Lohmann**

Impressum

klartext
Magazin der LINKEN in Sachsen-Anhalt
Herausgeber: Landesvorstand der Partei DIE LINKE, Sachsen-Anhalt
Redaktion: Anke Lohmann (Leitung), Martin Reso, Matthias Höhn (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Thomas Drzisga, Matthias Gärtner, Joachim Spaeth, Henriette Quade, Peggy Krößmann
Druck: Harzdruckerei, Wernigerode
Auflage: 4.700 Exemplare
Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19.04.2010. KLARTEXT erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE, Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrender Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Kontakt und Bestellung: DIE LINKE, Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion KLARTEXT, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg, Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de



Die Mailingliste zur Programmdebatte

Jetzt eintragen unter:
www.dielinke-lsa.de/partei/programmdebatte

Sachsen-Anhalt in Berlin – die Bundestagsrubrik

Roland Claus



Büro Berlin

MdB Roland Claus
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030-227-72355
 Fax: 030-227-76354
 roland.claus@bundestag.de
 www.rolandclaus.de

Wahlkreis 74 – Burgenlandkreis/
 Saalekreis

Wahlkreisbüro MdB Roland Claus
 Engelgasse 6
 06618 Naumburg
 Tel./Fax: 03445-261-233 /-324
 roland.claus@wk.bundestag.de

Zuständig für:

Burgenlandkreis, Saalekreis und
 Wittenberg

Rosemarie Hein



Büro Berlin

MdB Rosemarie Hein
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030-227-71789
 FaX: 030-227-76566
 rosemarie.hein@bundestag.de
 www.rosemarie-hein.de

Wahlkreis 70 – Magdeburg

Wahlkreisbüro MdB Rosemarie Hein:
 Ebendorfer Str. 3
 39108 Magdeburg
 Tel.: 0391-81900-05
 Fax: 0391-81900-06)
 rosemarie.hein@wk.bundestag.de

Zuständig für:

Magdeburg, Salzlandkreis und
 Bördekreis, Altkreis Schönebeck

Harald Koch



Büro Berlin

MdB Harald Koch
 Deutscher Bundestag
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030-227-73458
 Fax: 030-227-76458
 harald.koch@bundestag.de
 www.harald-koch-mdb.de

Wahlkreis 75 – Mansfeld

Wahlkreisbüro MdB Harald Koch
 Kornmarkt 6
 06526 Sangerhausen
 Tel.: 03464-61598-30
 Fax: 03464-61598-31
 harald.koch@wk.bundestag.de

Zuständig für:

Mansfeld-Südharz, Saalekreis, Harz

Jan Korte



Büro Berlin

MdB Jan Korte
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030-227-71100
 Fax: 030-227-76201
 jan.korte@bundestag.de
 www.jan-korte.de

Wahlkreis 72 – Anhalt

Bürgerbüro Bernburg
 Kleine Wilhelmstraße 2b, 06406 Bernburg
 Tel./Fax: 03471-622947
 jan.korte@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Bitterfeld

Kirchstr. 2, 06749 Bitterfeld
 Tel.: 03493-401594
 bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt

Grenzstr. 11, 39418 Staßfurt
 Tel./Fax: 03925/322381

Bürgerbüro Köthen

Friedrich-Ebert-Str. 22, 06366 Köthen
 Tel.: 03496-700347

Zuständig für:

Anhalt-Bitterfeld, Salzlandkreis
 (Vorsitzender der Landesgruppe)

Katrin Kunert



Büro Berlin

MdB Katrin Kunert
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030-227-74488
 Fax: 030-227-76489
 katrin.kunert@bundestag.de
 www.katrin-kunert.com

Wahlkreis 67 – Altmark

Wahlkreisbüro Salzwedel
 Südbockhorn 69
 29410 Salzwedel
 Tel.: 03901-305709
 Fax: 03901-423236
 katrin.kunert@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Stendal

Anne-Frank-Str. 20
 39576 Stendal
 Tel./Fax: 03931-519749
 katrin.kunert@wk.bundestag.de

Zuständig für:

Altmark, Jerichower Land

Petra Sitte



Büro Berlin

MdB Dr. Petra Sitte
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030-227-71421
 Fax: 030-227-76518
 petra.sitte@bundestag.de
 www.petra-sitte.de

Wahlkreis 73 – Halle:

Wahlkreisbüro MdB Petra Sitte
 Blumenstraße 16
 06108 Halle
 Tel.: 0345-47888-39
 Fax: 0345-47888-41
 petra.sitte@wk.bundestag.de

Zuständig für:

Halle, Saalekreis und Dessau-Roßlau

Ist der 1. Mai noch zeitgemäß?



Am 1. Mai 1977 kamen in Istanbul 36 Menschen auf der Mai-Demonstration ums Leben, Hunderte wurden verletzt. Angehörige rechter paramilitärischer Kräfte hatten aus Autos das Feuer auf die Demonstranten eröffnet. Nach dem Militärputsch 1980 wurde der Erste Mai verboten. Erst seit 2008 können Arbeiter in der Türkei wieder legal am Ersten Mai demonstrieren, dennoch kam es in den letzten beiden Jahren zu Angriffen der Polizei. Auch deutsche Gewerkschaften mobilisieren daher in diesem Jahr Unterstützung für die Mai-Demonstration in der Türkei. Allein das ist ein Hinweis darauf, dass der 1. Mai auch heute kein Ritual ist, sondern ein Recht, das erkämpft werden muss.

Die Entstehung des 1. Mai im 19. Jahrhundert ist eng mit Forderungen verbunden, die sich auch heute wieder drängend stellen. Das war zum einen die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung – der 1. Mai entstand als ein Tag der Agitation für den Acht-Stunden-Tag. Das war zum anderen der Protest gegen Lohndumping und Prekarisierung – die ersten Mai-Demonstrationen protestierten gegen Lohn-

senkungen und den Versuch der Arbeitgeber, Teile der Beschäftigten durch Billigarbeiter zu ersetzen. Und das war drittens die Forderung nach Arbeitsrechten und dem Recht, sich zu organisieren – die Unternehmer reagierten auf die ersten Mai-Demonstrationen mit Aussperrungen und Massenentlassungen. Der rote Faden des 1. Mai war die Botschaft, dass die Arbeitskraft keine Ware ist. Ihr Preis und ihre Bedingungen dürfe man nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen, sondern sie müssten organisiert verteidigt und gesichert werden. Weil auf Arbeitsplätzen keine Roboter stehen, sondern Menschen.

Die Frage ist weniger, ob der Erste Mai noch zeitgemäß ist, sondern ob sich das in ihm wiederfindet, was ihn aktuell macht. Die letzten Jahre haben eine Wiederkehr frühkapitalistischer Haltungen gebracht, die man vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Die Arbeitszeit wird verlängert, um die Massenarbeitslosigkeit fürs Lohndrücken auszunutzen. Immer mehr Unternehmen eröffnen eigene Zeit- und Leiharbeitsfirmen, um Stammpersonal gegen Billigkräfte mit eingeschränkten

Arbeitsrechten auszutauschen. „Buletten-Kündigungen“ wegen nicht beweisbaren Lappalien sind an der Tagesordnung, insbesondere dort, wo die Bildung von Betriebsräten verhindert werden soll.

In Bremen z.B. ist heute fast jeder zweite Arbeitsplatz in der einen oder anderen Weise prekär. Leih- und Zeitarbeit, Mini- und Midi-Jobs, Niedriglöhne, Befristungen höhlen die Errungenschaft aus, dass der Preis und die Bedingungen der Arbeit organisiert und kollektiv gesichert sein müssen. Frauen und MigrantInnen sind am stärksten Opfer der Prekarisierung von Arbeit. Unternehmen des Landes sind daran beteiligt, neue Niedriglohngruppen zu schaffen. Angst, Depressionen und Mobbing durch selbstherrliche Chefs werden zu neuen Volkskrankheiten. Die Hetze gegen Hartz-IV-EmpfängerInnen und die Entregelung der Arbeitsverhältnisse gehen Hand in Hand.

Der 1. Mai ist nicht der Feiertag derer, die noch einen halbwegs geregelten Arbeitsplatz haben. Er ist der gemeinsame Kampftag all derer, die von ihrer Arbeitskraft leben müssen – Arbeitslose, Kernbelegschaften und prekär Beschäftigte. Dass dieser Aspekt zeitweise in den Hintergrund trat, war vor einigen Jahren der Grund für die Euro-Mayday-Bewegung. Heute stellt sich nicht nur die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, Entprekariisierung und einer neuen Generation wirksamer Arbeitsrechte. Angesichts der Billionen, mit denen weltweit Banken und Konzerne auf Kosten der Beschäftigten und der Bevölkerung „gerettet“ werden, stellt sich auch wieder die Frage: Wem gehört eigentlich die Produktion? Wer darf darüber entscheiden?

Ob der 1. Mai zeitgemäß ist, entscheidet sich danach, wie wir ihn führen. Tragen wir als Sozialistinnen und Sozialisten dazu bei!

Christoph Spehr ist Landessprecher der LINKEN in Bremen.

Der 1. Mai – immer noch ein Tag für die Zukunft

Der Erste Mai wird heute zumeist als Freizeitgewinn verbucht – wie bei anderen Feiertagen auch wird die einstige spirituelle oder hier eben politische Bedeutung kaum noch wahrgenommen. Das mag berechtigt erscheinen: Die ursprünglichen Forderungen nach einem Achtstundentag und einem Arbeitsgesetz sind längst erfüllt. Und schon der Brüsseler Kongress der I. Internationale, der 1891 den Mai-Feiertag ausrief, hatte – gegen den Widerstand der radikalen Kräfte – dazu aufgefordert, an diesem Tag auch wirklich „zu feiern“.

Doch der Erste Mai war zwar in den Ausflugslokalen und Biergärten der Arbeiterbewegung immer auch „eine Art Vorschau auf das angenehme Leben, das nach der Emanzipation der Arbeiterschaft kommen würde“, er war aber in den Reden und Willensbekundungen auch immer ein Stück des Kampfes für diese Emanzipation. Was vor 120 Jahren hinter den Forderungen nach Achtstundentag und Arbeitsgesetz stand, war letzten Endes die noch immer hoch aktuelle Forderung nach „guter Arbeit“ – jene Forderung, die DGB, LINKE und ihre Partner auch heute noch ins Zentrum ihrer Mai-Kundgebungen stellen.

Der Kampf um gute Arbeit ist aber mittlerweile nicht nur Forderung auf den Straßen und in Flugblättern, sondern auch Inhalt von Regierungsarbeit linker Ministerinnen und Minister. Gerade Wirtschaftspolitik hat damit zu tun. Linke Wirtschaftspolitik ist deswegen wirtschaftsfreundlich, aber nicht wirtschaftshörig. Linke Wirtschaftspolitik zielt darauf, dass wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität eine untrennbare Einheit bilden. Die rot-roten Koalitionen, die jetzt in Brandenburg und in Berlin regieren, erschließen neue Chancen für den gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum. Beide Länder kämpfen für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn

und werden eigene Gesetze über Lohnuntergrenzen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erlassen.

Linke Wirtschaftspolitik in Brandenburg zeichnet sich zudem dadurch aus, dass die Stärken des Landes weiter gekräftigt, zugleich aber auch die Schwächen reduziert werden. Wir setzen auf nachhaltiges Wachstum, auf Innovationen. Beides aber braucht eine solide Basis – deswegen gehören Pflege und Erhalt der vorhandenen wirtschaftlichen Basis des Landes und die Stärkung der kommunalen Wirtschaftskraft dazu. In diesem komplexen Sinne werden die Förderinstrumente weiter entwickelt und präzisiert. Gemeinsam mit der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft arbeiten wir auch daran, die Innovationsstrategien beider Länder weiter zusammen zu führen. Es ist sinnvoll, sich zum gegenseitigen Vorteil auf die am meisten Erfolg versprechenden Wachstumsbranchen zu konzentrieren.

Im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) verrichten künftig nicht nur in Berlin, sondern auch in Brandenburg bislang Erwerbslose gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit, die ihnen neue berufliche Perspektiven eröffnet. Und das in regulären, Existenz sichernden Beschäftigungsverhältnissen!

Gute Arbeit setzt aber eben auch voraus, dass ein nachhaltiger Entwicklungspfad beschritten wird. Deswegen machen wir uns angesichts der Gegenmanöver des Bundes dafür stark, die Solarwirtschaft in Brandenburg zu sichern. Das entspricht auch der Absicht der Koalition, den Erneuerbaren Energien Vorrang einzuräumen. Das aber ist keine Selbstverständlichkeit, es vollzieht sich nicht im Selbstlauf. Wir stellen uns dabei sehr aktiv den vielfältigen gesellschaftlichen Zielkonflikten. In diesem Kontext haben die Koalitionsfraktionen auch eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung der Rohstoffsiche-



rungsklausel im Bundesberggesetz um ökologische und soziale Kriterien initiiert. Das ist eine notwendige Voraussetzung dafür, den von den LINKEN gewollten mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung überhaupt erreichen zu können – im Ergebnis einer ernsthaften Abwägung ökologischer, ökonomischer, sozialer und auch individueller Interessen Betroffener.



Ralf Christoffers

(DIE LINKE) ist Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg.

Vom wundersamen Aufstieg der ARBEIT und deren Hinterfragung

■ In der Antike galt Arbeit als die niedrigste aller Tätigkeiten. Eine Tätigkeit, die zwar notwendig war, aber die Menschen vom Menschsein abhielt. Stattdessen erfreute sich die kontemplative Lebensweise der Philosophen, also das Erforschen, Schauen und Denken, der höchsten Anerkennung. Noch bei dem Römer Cato heißt es: „Nunquam se plus agere quam nihil cum ageret“ – Niemals ist man tätiger, als wenn man dem äußeren Anschein nach nichts tut. Heute hingegen hat eine Ideologie die Oberhand gewonnen, wonach Sinn und Zweck menschlichen Daseins vor allem in der Arbeit besteht.

Wie kam es zu diesem wundersamen Aufstieg der Arbeit von der untersten und verachteten zur scheinbar höchsten Stufe menschlichen Daseins? Denkt man an das berühmte Zitat des Apostels Paulus: „Wer nicht arbeitet, der soll nicht essen“, könnte man meinen, dieser Paradigmenwechsel sei womöglich der christlichen Lehre geschuldet. Doch die Bibel ist ambivalent, wenn es um den Stellenwert von Arbeit geht. Dies zeigt ein Blick in die Bergpredigt: „Seht die Vögel unter dem Himmel an: Sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen; und euer himmlischer Vater ernährt sie doch: Seid ihr denn nicht viel mehr als sie?“ Und weiter: „Und warum sorgt ihr Euch um die Kleidung? Schaut die Lilien auf dem Feld an, wie sie wachsen: sie arbeiten nicht, auch spinnen sie nicht.“ (Matt. 6/26-29) Es finden sich also in der Bibel sowohl Zitate für die Glorifizierung von Arbeit als auch für das bedingungslose Anrecht auf Nahrung und Kleidung. Und schließlich, so die Bibel, wurde der Mensch als Abbild Gottes erschaffen. Dieser theologische Grundgedanke führt in letzter Konsequenz dazu, dass das Recht auf Überleben nicht an eine vorher zu erbringende Leistung gebunden ist. Der Schlüssel zur Verherrlichung der Arbeit liegt also nicht in der christlichen Lehre.

Die Glorifizierung von Arbeit ist vielmehr eine Erfindung der Moderne. Darin sind sich zwei große philosophische Köpfe des 20. Jahrhunderts, die in Hannover geborene Publizistin und Gelehrte Hannah Arendt sowie der in Wien geborene Vor-denker der postindustriellen Gesellschaft André Gorz, einig: Erst in der Neuzeit, im 17. Jahrhundert, setzte die Verherrlichung der Arbeit ein. Hannah Arendt zufolge begann alles damit, dass der englische Philosoph John Locke die Arbeit zur Quelle bzw. zum Ursprung des Eigentums ernannte. Locke führt dabei aus, dass die Arbeit des Körpers und das Werk der Hände nur Mittel sind, um sich das anzueignen, was Gott den Menschen gegeben hat und zwar für seinen privaten Gebrauch. Arbeit bekommt hier also eine geradezu göttliche Weihe.

Hannah Arendt fasst die Lockesche Argumentation wie folgt zusammen: „Worum es ihm ging, war, eine Tätigkeit zu finden, die von sich selbst ›aneignenden‹ Charakter hat, die sich der Dinge der Welt bemächtigen und dennoch ganz privat bleiben kann.“ John Locke gründe das Recht des Erwerbs von Privateigentum auf „das Eigentumsrecht an dem eigenen Körper“ – so Arendt – „der in der Tat das Eigenste und Privateste ist, was der Mensch ›besitzen‹ kann.“ (Vita activa) John Locke ging es bei der Verherrlichung von Arbeit vor allem um eines: um die Rechtfertigung des Privateigentums. Dieses historische Beispiel zeigt, wie der Stellenwert von Arbeit durch konkrete Interessenslagen gesteuert wird. Es lohnt sich also, einen Blick darauf zu werfen, ob die konkrete Arbeit jeweils überhaupt die mit ihr verbundenen Erwartungen erfüllt. Diese Frage zu stellen, ist ein wichtiger Schritt zur Befreiung der eigenen Urteilskraft von Fremdsteuerung.

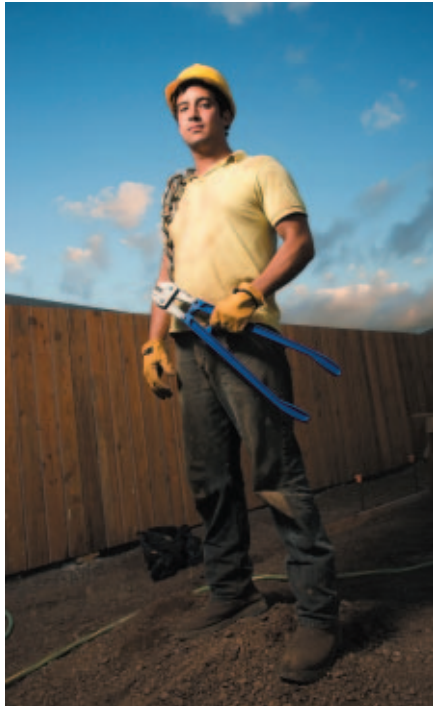
Fakt ist: Menschen haben ein Bedürfnis danach zu werken, zu wirken und zu handeln. Dieses Bedürfnis kann in der Er-

werbsarbeit seine Erfüllung finden – muss aber nicht. Fakt ist auch: Menschen brauchen ein Einkommen. Dies kann auf dem Wege von Erwerbsarbeitseinkommen erreicht werden – muss es aber nicht. In Zeiten der zunehmenden Unsicherheit und der sinkenden Reallöhne wird es immer schwieriger, sich ein sicheres Einkommen über bezahlte Arbeit zu sichern. Die Wirtschaftseliten und die ihnen ergebene Politik führen diese Schwierigkeit auf einen „Mangel an Arbeit“ zurück. Ich meine jedoch mit André Gorz, diese Argumentation dient der Verdunklung der wirklichen Situation. Denn: „Sichtlich mangelt es nicht an Arbeit, sondern an der Verteilung des Reichtums, für dessen Erwirtschaftung das Kapital immer weniger Arbeit braucht“ (Arbeit zwischen Misere und Utopie).

Nun ist mir bewusst, dass Erwerbslosigkeit wider Willen mit großen Problemen verbunden ist. Die Sorgen und Nöte von Menschen, die faktisch zur Erwerbslosigkeit gezwungen werden, sind nicht einfach so kleinzureden. Trotzdem lohnt es, bei der Analyse des Problems einen Schritt zurückzutreten und zu fragen, warum Arbeit in unserem Leben so unverzichtbar erscheint. Was verbinden wir mit Erwerbsarbeit? Ein Job erscheint vielen als unverzichtbar für ein erfülltes Leben, weil er verbunden ist – beziehungsweise verbunden sein sollte – mit Einkommen, Anerkennung, sozialen Kontakten und Selbstverwirklichung. Der Arbeitsplatz an sich ist also nur das Mittel zum Zweck. Wenn Arbeit an sich kein Selbstzweck ist, dann stellt sich die Frage, ob Arbeit heute überhaupt noch die in sie gesteckten Erwartungen erfüllt.

Zweifelsohne kann Arbeit für viele Menschen Selbstverwirklichung bedeuten – etwa für eine Bundestagsabgeordnete oder eine Journalistin, die in ihren Berichten Dingen auf den Grund gehen kann, die sie selbst interessieren. Oder für einen Arzt, der mit seiner Arbeit Menschen

heilen kann. Das Arbeitsverhältnis kann aber genauso zu einer Quelle von Demütigungen und ständiger Verletzung des Selbstwertgefühls werden, zum Beispiel für einen persönlichen Mitarbeiter, der von seinem Chef schikaniert wird oder für eine Redakteurin, die in ihren Artikeln entgegen ihrer eigenen Überzeugung, den Vorgaben der Verlagsleitung Rechnung tragen muss oder für einen Krankenpfleger, dessen Familienleben unter der Schichtarbeit leidet. Schikane bei der Arbeit sei eine seltene Ausnahme? Viel-



ziehen müssen. Andere sind aufgrund niedriger Löhne gezwungen, neben einer Vollzeitstelle einem Zweitjob nachzugehen, um über die Runden zu kommen. Ganz zu schweigen, von den Heerscharen junger Menschen, die unbezahlte Praktika absolvieren. Die Frage, ob Arbeit die mit ihr verbundenen Hoffnungen erfüllt, kann also nicht mehr einfach bejaht werden.

Angesichts dieser ambivalenten Bilanz und angesichts eines sinkenden Arbeitsvolumens in Folge der zunehmenden



leicht. Aber schlechte Arbeitsbedingungen sind leider keine Randerscheinung. Ganz im Gegenteil: Laut einer Untersuchung des DGB (DGB-Index Gute Arbeit 2007) zu guter Arbeit bezeichnet gerade mal eine kleine Minderheit von zwölf Prozent ihre Arbeitsbedingungen als gut. Das ernüchternde Ergebnis lautet: 54 Prozent der Befragten bewerten ihre Arbeitsbedingungen als mittelmäßig und 34 Prozent arbeiten unter schlechten Arbeitsbedingungen. Diese große Unzufriedenheit ist ein Indiz dafür, dass Arbeit nicht automatisch Anerkennung und Selbstverwirklichung bedeutet.

Wäre da noch die mit Arbeit verbundene Bezahlung. Doch Arbeit bedeutet leider schon lange nicht mehr automatisch ein ausreichendes Einkommen. Zunehmend mehr Menschen sind trotz Arbeit auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen. Und rund eine halbe Million Menschen in diesem Land arbeiten in Vollzeit und bekommen dabei einen so niedrigen Lohn, dass sie zusätzlich Arbeitslosengeld II be-

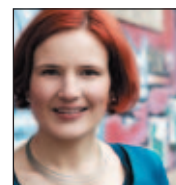
technischen Effizienz stellt sich für mich die Frage, inwieweit Anerkennung, Selbstverwirklichung und Einkommen – also die tatsächlichen Ziele hinter der Arbeitsuche – auch auf anderem Wege zu erreichen sind.

Der Frankfurter Philosoph Axel Honneth verweist zu Recht darauf, dass es einem historisch-kulturellen Wandel unterliegt, woran die Achtung und Anerkennung von Individuen gebunden ist. Wir haben bereits gesehen, dass der hohe Stellenwert von Arbeit keine feste Konstante in der Menschheitsgeschichte darstellt. Und inzwischen sind erste Anzeichen dafür erkennbar, dass sich Menschen von der ausschließlichen Fokussierung auf Erwerbsarbeit befreien.

So mancher, der Anerkennung und Selbstverwirklichung suchte, wurde inzwischen außerhalb der Arbeit fündig. Das zeigt eine Studie am Institut für Psychologie der Universität Leipzig 2007. Darin wird untersucht, inwieweit Tätigkeiten jenseits

der Erwerbsarbeit von Arbeitslosengeld-II-Beziehenden anerkannt werden. Das Ergebnis dürfte viele überraschen: Viele der Befragten verbrachten keineswegs ihre gesamte Zeit vor dem Fernseher. Vielmehr sorgen sie für Kinder und ältere Angehörige und/oder engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Initiativen, in einer Kirchengemeinde, Partei oder Gewerkschaft. Obwohl sie stigmatisiert sind, gelingt es einigen Hartz-IV-Beziehenden durchaus, eine anerkennende Identität zu entwickeln. Zu den wichtigen Ergebnissen der Studie gehört die Erkenntnis, dass gesellschaftliche Anerkennung nicht ausschließlich mehr über den Job vermittelt wird.

Solche Entwicklungen sind Vorboten einer inneren Befreiung von Fremdbestimmung. Sie gilt es zu befördern. Denn Wolfgang Engler schreibt zu Recht: „Wer den gesellschaftlichen Daseinsbeweis des Menschen nur auf dem Umweg über die Arbeit zu führen versteht, unterwirft sich dem Einheitsdenken und hat den Kampf um eine andere Zukunft schon verloren.“ (Bürger, ohne Arbeit) Eben jenen Kampf um die Zukunft und jene notwendige Befreiung von der ausschließlichen Fokussierung auf Erwerbsarbeit zu befördern, dazu dienen auch die Debatten ums Bedingungslose Grundeinkommen.



Gemeinsam mit Ronald Blaschke, Michael Opielka, Birgit Zenker, Jens-Eberhardt Jahn und anderen gründete **Katja Kipping** 2004

das parteiunabhängige Netzwerk Grundeinkommen. Seit 2005 ist sie Mitglied des Bundestages und dort Obfrau der LINKEN im Ausschuss für Soziales und Arbeit. Sie ist stellvertretende Parteivorsitzende und initiierte den Diskussionszusammenhang emanzipatorische Linke. Seit Mai 2008 gehört sie zum HerausgeberInnenkollektiv des Magazins prager frühling.

We will not pay your crisis!

Denkt man über die Wirtschaftskrise in Griechenland und die parallel stattfindenden Streiks und Demonstrationen nach, so empfiehlt sich ein klarer Blick auf die soziale Situation des Landes. Ein solcher Blick hilft, die durch weite Teile der deutschen Medien und besonders durch die Blätter des Springer-Konzerns propagierte Sicht des „Wer pleite ist, darf nicht streiken“, den Boden zu entziehen.

Die Lebenssituation der meisten Griechinnen und Griechen ist anders, als die Parade-Beispiele aus dem aufgeblähten



öffentlichen Dienst des Landes, oder die der üppigen Versorgung einiger Familien von Armeeingehörigen, vermuten lassen. Beispielsweise kommen Griechinnen und Griechen im Schnitt nicht nur auf eine höhere Anzahl von Wochenarbeitsstunden als Deutsche ArbeitnehmerInnen, sie haben auch weniger Urlaub zur Verfügung. Auch im Lohnniveau bezogen auf die Eurozone rangieren die griechischen ArbeitnehmerInnen sehr weit hinten, nämlich an vorletzter Stelle. Ein Fünftel der 11 Millionen Griechen lebt unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Die Arbeitslosenquote liegt bei rund 10%.

Ein besonderes Problem stellt die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen dar. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt über 20%, und auch junge Erwachsene mit guter Ausbildung sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Diejenigen, die einen Job ergattert ha-

ben, stehen häufig in einem prekären Arbeitsverhältnis. In diesem Zusammenhang spricht man in Griechenland von der „Generation 700 €“. Folge ist, dass sehr viele junge Menschen ohne wirkliche Perspektive sind – der Auszug aus der elterlichen Wohnung, oder gar die Gründung einer eigenen Familie bleibt für viele junge Griechen Wunschtraum. Die daraus resultierende Wut und Frustration waren Triebfedern für die „Jugendrevolte“ in Griechenland nach der Ermordung von Alexandros Grigoropoulos im Dezember 2008. Im krassen Gegensatz dazu steht der Lebensstil der Oberschicht, welche für die größten Steuerausfälle der Republik Griechenland verantwortlich ist: Die griechische Gesellschaft ist eine auseinanderdriftende Gesellschaft, deren Verlierer die mittleren und unteren Einkommen, die Rentner, Erwerbslosen und MigrantInnen sind.

In diese angespannte soziale Lage fällt die griechische Wirtschaftskrise. Die Europäische Union und allen voran die Bundesregierung führt die griechische Regierung wie einen Tanzbären durch die Manege und fordert die Umsetzung von Stabilisierungsprogrammen, die Steuererhöhungen, Kürzungen der Löhne und Transferleistungen sowie die Privatisierung von Rentenversicherungen vorsehen, während die Banken und Großkonzerne besser als je zuvor behandelt werden. Erst nach dem Durchexerzieren dieses neoliberalen „Rettungsplanes“ wird europäische Solidarität in Form von günstigen Krediten in Aussicht gestellt. Es ist ein logischer Reflex, dass sich dagegen Widerstand formiert. Besonders auch, da die Belehrungen aus Brüssel, Berlin und anderswo nicht ohne erhobenen Zeigefinger und Geschichtsvergessenheit auskommen, wie die beispielhafte Forderung nach Verkauf griechischer Inseln zeigt.

Bei der Suche nach den Ursachen der griechischen Krise springen die politischen Verantwortlichen zu kurz: Zwar sind Kor-

ruption, Steuerhinterziehung und Misswirtschaft Faktoren, die es zu bekämpfen gilt, doch verstellt die Beschränkung auf diese Punkte den Blick auf tiefer liegende Ursachen, die wir als LINKE thematisieren müssen: Steht nicht der Stabilitäts- und Wachstumspakt nachhaltigem Wachstum in der Eurozone entgegen? Ist nicht das gegenwärtige internationale Wirtschafts- und Finanzsystem, was volkswirtschaftliche Schäden begünstigt und Kapitalflucht belohnt, ein wesentlicher Faktor, der die Krise in Griechenland dramatisch verschärft hat? Resultiert die sinkende Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft nicht auch aus Deutschlands Fixierung auf die Exportwirtschaft?

In diesem Sinne formulierten Lothar Bisky als Vorsitzender der Europäischen Linken und die Parteivorsitzenden der EL-Parteien aus den allesamt gefährdeten Staaten Portugal, Italien, Griechenland und Spanien eine gemeinsame Erklärung, die konkrete Forderungen der Europäischen Linken für den Umgang mit der Krise benennt (der vollständige Wortlaut der Erklärung ist auf www.die-linke.de abrufbar):

1. Die Verteidigung der Arbeitsplätze, Löhne und Renten als erstes Ziel aller europäischen Institutionen.
2. Versteuerung aller spekulativen Finanztransaktionen und Abschaffung der Steuerparadiese im europäischen Raum.
3. Schaffung einer öffentlichen europäischen Rating-Agentur. Private Rating-Agenturen, die spekulativen Interessen dienen, werden dann nicht mehr in der Lage sein, ganze Länder zu erpressen.
4. Ausgabe von „Eurobonds“. Das wird den Mitgliedsstaaten ermöglichen, Schulden zu angemessenen Zinsen aufzunehmen.

DIE LINKE und die Parteien der Europäischen Linken sind solidarisch mit der Politik des EL-Gründungsmitgliedes SYNASPISMOS und der Linkskoalition SYRIZA, die auf die Verteidigung der Interessen der Werktätigen, RentnerInnen und Erwerbslosen und die Demokratisierung von Machtstrukturen und Eigentum in Griechenland setzt. Denn auch in Griechenland gilt: We will not pay for your crisis!

Oliver Schröder ist der Leiter des Bereiches Internationale Politik in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.

Neuausrichtung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus?

„Extremismus“ heißt das Zauberwort, mit dem die schwarz-gelbe Regierung die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zugunsten eines unspezifischen und an den Realitäten vorbeigehenden Kampfes gegen „jede Form des Extremismus“ schwächt. Keine aktuelle Debatte zum Thema Rechtsextremismus in der nicht reflexhaft die Frage nach den „anderen Extremismusformen“ aufgeworfen wird – so als handele es sich um vergleichbare Bedrohungen. Vor dem Hintergrund der alltäglichen Realität gerade auch in den ostdeutschen Bundesländern ist diese Form der Gleichsetzung nichts anderes als eine Verharmlosung der Gefahr durch die extreme Rechte. Zudem handelt es sich beim zugrundeliegenden Extremismusansatz um ein vor allem politisches Konstrukt mit der klaren Aufgabe, den politischen Gegner auf der Linken zu diskreditieren.

Mit der überraschenden Ernennung von Frau Schröder zur neuen Familienministerin war klar, dass der Extremismusansatz seine unmittelbare Anwendung auch auf die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus finden würde, die der Union schon immer als politisch suspekt galten. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus in „Extremismusbekämpfungsprogramme“ umgewandelt werden sollen, die sich gleichermaßen gegen rechten und linken „Extremismus“ sowie gegen Islamismus richten sollen. Im gleichen Sinne soll das vom Innenministerium geförderte „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ (BfDT) einen stärkeren Schwerpunkt im Bereich „Linksextremismus“ bilden, die bisherigen Aussteigerprogramme Rechts-Extremismus zu Aussteigerprogrammen Extremismus und schließlich der Fonds für Opfer rechtsextremer Gewalt zu einem



Fonds für Opfer des Extremismus werden. Nachvollzogen wird so eine Entwicklung, die zumindest auf der theoretischen Ebene längst hegemonial ist. Die mittels Totalitarismus- und Extremismustheorie vorgenommene Gleichsetzung von links und rechts und ihre Ausgrenzung aus dem legitimen Spektrum der politischen Mitte ist zumindest im Alltagsverständnis längst dominierend. Die aktuell inszenierten Debatten um linke Gewalt, etwa in Berlin und Hamburg, tragen dazu bei, diese Gleichsetzung weiter zu legitimieren.

Dass es sich hierbei um eine ideologische Konstruktion handelt, machen die hilflosen Versuche der neuen Ministerin deutlich, das Thema „Linksextremismus“ auch in der Praxis zu einem Thema zu machen. Bis heute kann das Ministerium keinerlei Auskünfte darüber geben, wo sie das „Problem Linksextremismus“ verortet, welche Regionen besonders betroffen sind, welche Gruppen von hier bedroht werden oder ob es Träger, Vereine, Initiativen gibt, die sich mit diesem „Problem“ befassen und die es von staatlicher Seite zu unterstützen gilt. Alle dahingehenden

Nachfragen blockt das Ministerium mit dem Verweis darauf ab, man befinde sich in einer Sondierungsphase und werde erst im 2. Quartal 2010 mit konkreten Schritten zur Umsetzung beginnen. Denn immerhin zog Frau Schröder urplötzlich 2 Mio. Euro für Pilotprojekte in den Bereichen „Linksextremismus“ und Islamismus aus dem Hut, ohne dass man weiß, was man mit diesem Geld anfangen soll.

Wie wird also die Zukunft der bisherigen Programme gegen die extreme Rechte aussehen und was wird das für die Arbeit gegen die extreme Rechte insgesamt bedeuten? Zu vermuten ist, dass die Regierung nicht einfach die bisherigen Projekte abwickeln oder sie zusätzlich mit den Themen der anderen „Extremismen“ belasten wird. Mindestens die Lokalen Aktionspläne dürften in ähnlicher Form auch nach der ersten Projektphase ab 2011 weiterlaufen – zumal der Grad ihrer Entpolitisierung genau dem entspricht, was man sich auf Seiten der Geldgeber erwartet. Ob die Beratungsnetzwerke und damit auch die verbliebenen Mobilen Beratungen und Opferberatungen in bisheriger Form fortgeschrieben werden, erscheint noch völlig offen und wird nicht zuletzt von der Wahrnehmbarkeit der öffentlichen Debatte abhängen. Da zumindest in den ostdeutschen Bundesländern ein größerer Teil der Finanzierung über Landesmittel erfolgt bzw. möglich wäre, würden diese Projekte auch beim Wegfall der Bundesmittel nicht sofort ausfallen. Für Westdeutschland sieht das allerdings anders aus.

Politisch-ideologisch ist der von schwarz-gelb neubelebte Extremismusansatz ein Instrument zur Ausgrenzung linker politischer Ansätze, weshalb es keine Möglichkeit gibt, sich positiv auf diesen Ansatz zu beziehen. Die Definitionsmacht, wer als „Extremist“ zu bezeichnen ist, liegt immer auf der anderen Seite und hier gilt – wenn es politisch opportun erscheint – auch DIE LINKE als extremistische Partei. Statt über formale Begriffe wie Extremismus sollten wir über Inhalte sprechen: Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus, Nationalismus – das sind die Probleme, die wir angehen wollen und leider finden sie sich nicht nur bei so genannten „Extremisten“.

Gerd Wiegel ist Politikwissenschaftler und Referent für Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linksfraction im Bundestag.



Afghanistan: Gibt es einen Ausweg?

Die jüngsten Äußerungen des afghanischen Präsidenten Karsai, der nicht nur scharfe Kritik am Vorgehen der US-geführten Truppen übte, von Wahlbetrug durch die internationale Gemeinschaft sprach und ein Veto für sich und die paschtunischen Stammesältesten im Süden forderte, sondern intern auch die USA als „Eindringling“ und die Taliban als „Brüder“ bezeichnet haben soll, sind im Westen und auch in den deutschen Medien auf Empörung gestoßen. Überraschen können sie nicht. Karsai ist als Marionette der USA installiert worden. Aber abgesehen davon, dass ein afghanisches Sprichwort und eine jahrhundertealte Erfahrung besagen, dass man einen Afghanen „mieten, aber nicht kaufen“ könne, sind Karsais Erklärungen nur Ausdruck dafür, dass der Statthalter der USA gescheitert und zunehmend isoliert ist. Seine Flucht nach „Vorn“ kommt zu spät. Für ihn und den Westen gibt es keinen siegreichen Ausweg. Das Eingeständnis der Niederlage und des grundsätzlichen Fehlers der Intervention sowie der gesamten US-amerikanischen Kriegspolitik der vergangenen Jahrzehnte sind dringend geboten. Ein Land wie Afghanistan und Völker wie die afghanischen können zudem nicht besiegt und längerfristig von äußeren Mächten beherrscht werden. Das hatten der britische und russische Imperialismus ebenso wie die Sowjetunion bereits begreifen müssen, und die ältere Geschichte bis hin zu Alexander dem Großen beweist nichts anderes. Der Westen muss die Kriegshandlungen sofort und vollständig einstellen und schnell die Truppen abziehen, die nicht für die endlich neu organisierte und von Afghanen geleitete

Ausbildung der afghanischen Armee und Polizei und einen kürzerfristigen Schutz zentraler afghanischer Institutionen notwendig sind. So könnte das Risiko für das afghanische Volk verringert werden, einen verheerenden Bürgerkrieg und den Blutransch gegen regierungsloyale Kräfte zu wiederholen, wie es nach dem Abzug der Sowjetarmee der Fall war. Deutsche Truppen sind dafür nicht erforderlich. Es wäre Aufgabe der USA, die diesen Krieg begannen und zu verantworten haben.

Doch es bleibt die Frage eines Auswegs für die afghanischen Völker, für die Afghaninnen und Afghanen aus mehr als drei Jahrzehnten ausländischer Invasionen, Kriege, Bürgerkriege und einer grausamen gesellschaftlichen Zerstörung. Dafür waren die UdSSR, die USA, Großbritannien, Pakistan, Saudi Arabien und der Iran im besonderen Maße verantwortlich. Doch auch die Verbündeten der USA beim Einmarsch 2001, darunter die Bundesrepublik, und die UNO, die das Vorgehen mandatierte, haben die Verantwortung für einen Ausweg wahrzunehmen. Seine Ziele können gegenwärtig realistischerweise nicht mehr als eine bestimmte Stabilisierung und die Öffnung für eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rekonvaleszenz des Landes sein. Demokratie, Freiheit und Menschenrechte sind überaus wichtige Aufgaben, jedoch nicht Aufgaben militärischer Intervention, sondern der Afghaninnen und Afghanen sowie der zivilgesellschaftlichen Entwicklung in Afghanistan selbst.

Erstens muss die internationale Gemeinschaft Afghanistan ein viele Milliarden

schweres ziviles, wirtschaftliches und soziales Wiederaufbauprogramm ermöglichen (übrigens ohne dass wie z.Z. die Hälfte davon an internationale Konzerne zurückläuft). Die Entscheidung darüber muss trotz grassierender Korruption und schwacher Verwaltung bei den Afghaninnen und Afghanen selbst liegen. Anders können wirksamere afghanische Strukturen nicht wieder entstehen.

Zweitens sollte insbesondere die wirtschaftlich und sozial entscheidende afghanische Landwirtschaft zeitweise gegen den Weltmarkt und den internationalen Marktradikalismus abgeschottet und zielgerichtet subventioniert werden. Damit würde die Grundlage der afghanischen Wirtschaft wieder hergestellt, der Drogenanbau und die mit ihm verknüpften Grundprobleme der Korruption, des Waffen- und Menschenhandels sowie der Finanzierung der Taliban wie der Warlords zurückgedrängt werden.

Drittens ist ein Aussöhnungsprozess erforderlich, der mit einer transparenten Auseinandersetzung über die Kriegs-, Bürgerkriegs- und anderen Verbrechen der im Parlament und in der Regierung überaus starken Kriegsfürsten (sie waren und sind die verbündeten der USA) ebenso wie der Taliban beginnen müsste. Russland als Rechtsnachfolger der UdSSR könnte ihn durchaus fördern, wenn endlich auch die Kriegsverbrechen der Roten Armee in Afghanistan thematisiert würden.

Viertens wäre nach meiner Überzeugung endlich eine intelligente Ergänzung der Zentralmacht durch starke, auf die Provinzen- und Stammesstrukturen gestützte Dezentralisierung von Verwaltung, wirtschaftlichen und anderen Entscheidungsbefugnissen und Sicherheit (jedoch nicht durch die derzeit betriebene Relegitimierung der Warlord-Milizen) erforderlich.

Fünftens muss die Amerikanisierung der internationalen Afghanistanstrategie beendet werden. Dazu gehört, dass die UNO ihre Koordinierung (statt der USA und der NATO) organisiert und alle wichtigen Akteure, vor allem auch Pakistan, Iran, Indien, Russland und China in das Programm einer zivilen und wirtschaftlichen Genesung Afghanistans einbezogen werden.

André Brie hat die Region und andere Krisengebiete vielfach bereist. Er war von 1999 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Vom Neumitglieder- treffen

■ Magdeburg, 6. März 2010, 10.15 Uhr: Eine überschaubare aber motivierte Gruppe der etwa 250 Neumitglieder des Jahres 2009 erschien – trotz der winterlichen Witterungsverhältnisse – erwartungsfroh in der Landesgeschäftsstelle der Partei. 19 waren es an der Zahl, die es an diesem Tag zusammenführte, darunter leider nur drei Frauen, aber acht teilweise schon sehr für die Partei aktive Studenten und viele, die das Wort an diesem Tag ergriffen und damit für sich ihren ersten Schritt in Richtung Veränderung machten. Doch was zunächst interessierte war, wer die neuen Mitglieder eigentlich sind und was sie antrieb, sich für den Parteieintritt zu entscheiden? Oberflächlich könnte man behaupten, es wäre der aktuelle Unmut durch die Hartz-IV-Debatten oder eine Unzufriedenheit über die bestehende Regierung. Aber in den Diskussionen zu den Vortragsthemen und in den Gesprächen unter den Mitgliedern während der Pausen wurde klar, dass es viel mehr eigene Visionen oder Wünsche nach einer menschlicheren und egalitäreren Gesellschaft waren, die zur Mitgliedschaft führten.

Matthias Höhn, Dr. Achim Bittrich und Jenny Schulz eröffneten das Treffen mit einer Willkommensrede. An diese schloss sich eine Präsentation der Geschichte und Arbeit der Landespartei an. Danach folgten eine Reihe von Kommentaren und Fragen an die Vortragenden aus den Reihen der älteren Neumitglieder. Auch hier zeigte sich wieder, dass nicht populäre Diskurse aus den Medien thematisiert wurden, sondern vor allem Fragen zur Kommunal- und Bildungspolitik und Parteiarbeit gestellt wurden, sowie der Zeitgeist unserer Gesellschaft reflektiert wurde.

In einer geselligen Pause kamen die Neumitglieder und die Mitarbeiter der Geschäftsstelle ins Gespräch. Ein besonderes Highlight war an dieser Stelle, dass auch Petra Sitte (MdB) erschien und sich ungezwungen an den Diskussionen beteiligte. Sie stellte viele „richtige“ Fragen, die dringend beantwortet werden wollten

und stand selbst Rede und Antwort. In den einzelnen Runden zu Tisch gruppieren sich Gleichgesinnte und verwickelten sich in engagierte Diskussionen. Da waren die männlichen Studenten Anfang 20 mit einer gewissen Ernsthaftigkeit bezüglich ihrer favorisierten gesellschaftskritischen Themen gepaart mit einer unterschwellig angepeilten Grunderwartung, ihre berufliche Karriere zu einer politischen zu machen. Für sie war der Parteieinstieg mehr als eine Gewissensentscheidung, eher eine Grundsteinlegung für die eigene Zukunft, eine Positionierung, ein Muss sich politisch zu bekennen und sich dadurch in Rhetorik, Diskussionsfähigkeit und Identitätsvertretung zu schulen. Während sich die Damen eher beobachtend gaben, zogen es die restlichen Neumitglieder, Männer höheren Alters, gemeinschaftlich vor, sich in Kompetenz überragend zu gewissen politischen Themen und zur Parteigeschichte zu äußern. Als junges Parteimitglied kam man nicht umhin, den staubigen Wind der DDR-Vergangenheit einzusatmen und das Gefühl zu bekommen, dass alte Muster neue Medien gefunden haben. Auffällig waren eine gewisse Übereifrigkeit und ein emotionales Engagement der Männer, wenn es um die eigenen Politika, wie Schrebergärtenvereine oder gemeinnützige Arbeit, die anerkannt werden sollte, ging. Eine Verbindung der Gespräche von jung und alt gab es kaum, was vielleicht auch daran lag, dass der Student lieber beim Studenten blieb und die älteren Herren ihre Gesprächspartner in ihren Reihen fanden.

Den Nachmittag schmückten zwei Workshops, unter denen die Neumitglieder wählen konnten: eine Einführung in die Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN oder ein Input zur Schulpolitik. Die Neumitglieder verteilten sich gleichmäßig in die Workshops und gaben darüber im Nachhinein ein überaus positives Feedback ab. Durch die Verantwortlichen in der Landesgeschäftsstelle sehr angenehm, informativ und kreativ gestaltet, nahm der Nachmittag seinen Lauf und mündete mit einer leichten Verspätung in einer letzten Feedbackrunde. Viele der Neumitglieder, auch



eine der drei Frauen, äußerten sich sehr positiv über den verlebten Tag, fühlten sich wohl und im Resultat gut informiert. Nach einer Reihe von Komplimenten und Danksagungen wurden die Mitglieder mit einer LINKEN-Standardausrüstung ausgestattet. Manch einer konnte sich allerdings die beklemmende Vorstellung nicht verkneifen, für das Auftreten mit der unübersehbar roten LINKE-Tasche am Magdeburger Bahnhof am Schlafittchen gepackt zu werden. Um diese Bredouille zu vermeiden, wurde die Tasche in manchem Falle lieber verdeckt getragen, denn der ein oder andere schnell zu identifizierende Vertreter der rechten Fraktion schaute am Bahnhof nicht schlecht auf: „Hier ist DIE LINKE“. Nicht nur auf Grund jener Situationen gilt jedem Neumitglied ein Dank, trotz all der Kritik, Ausgrenzung, Skepsis und Polemik Teil der LINKEN geworden zu sein. Denn nur die Mitglieder – die in der Gesellschaft Verankerten, die arbeiten, lernen, helfen etc. sind die, die eine Partei stark machen und denen es zu verdanken ist, dass DIE LINKE eine Partei ist, die sich aus dem Schatten ihrer Oppositionsrolle bewegt. Für diese Bewegung braucht sie die Kraft der Jungen und die Weisheit der Älteren. Im Sinne dieses Anspruchs war das Neumitgliedertreffen ein ausgewogener Start in das Parteijahr 2010.

Rabah El-Hajj Moussa ist 2010 in die LINKE eingetreten und Doktorandin an der Martin-Luther-Universität in Halle.

Kein öffentliches Interesse?

In wenigen Tagen begehen wir den 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik waren neben Juden auch die Sinti und Roma. Frau Opitz, Sie haben im letzten Jahr darum gekämpft, in Magdeburg ein Denkmal für Unku errichten zu lassen, es ist eingeweiht, klartext hat in der letzten Nummer darüber berichtet.

■ Können Sie uns etwas darüber sagen, wie das Gedenken zum 8. Mai mit den Sinti und Roma verknüpft ist?

Der 8. Mai ist auch für die Sinti und Roma der Tag der Befreiung, nicht nur wegen der Verfolgungen sondern vor allem, weil die Haltung ihnen gegenüber sich wandelte. Es ist kaum bekannt, dass Sinti und Roma meistens katholische Christen sind. Ihre Namen erlauben selten, Rückschlüsse auf ihre Herkunft zu ziehen; sie ähneln oder gleichen oftmals jüdischen Namen, z.B. Rosenberg. Daraus, aber auch ihrer anderen Sprache, nationalen Eigenheiten, manchmal südlichen Aussehens wegen konstruierten die Nazis Ausgrenzungen und schließlich die verbrecherischen Vernichtungsfeldzüge gegen sie.

Die Sinti und Roma, die ich hier kennen gelernt habe und von denen ich weiß, haben es als große Freude und mit großer Dankbarkeit aufgenommen, dass sich im Januar zum Holocaustgedenktag einmal jemand derer erinnerte, die hier in dem großen „Zigeunerlager“ am Holzweg waren und die von da aus nach Auschwitz deportiert wurden. Das waren nicht nur Magdeburger, sondern es waren auch welche, die damals aus mehreren Gauen hier zusammengebracht wurden.

Wer waren diese Menschen? Wie sehen sie sich heute?

Ich hab mit Bedauern festgestellt, dass die Angehörigen der Überlebenden mit Ausnahme der Witwe eines Opfers und eines Auschwitz-Überlebenden sich scheuen, genannt zu werden. Ich gehe davon aus, dass sie noch zu großer Unkenntnis und zu vielen Vorurteilen begegnen und deshalb zögern, ihre Herkunft zu offenbaren.

Wem wir hier heute begegnen können, sind zumeist Asylbewerber, die Roma sind. Die Diskriminierung, die ihnen entgegenschlägt, kommt zum großen Teil

schon aus ihren Herkunftsländern. Wenn Sie die Zeitung aufschlagen oder das Internet anklicken und hören oder lesen, dass es beispielsweise in Italien oder in Bulgarien, Rumänien, in Ungarn immer wieder Ausfälle gegen Sinti und Roma gibt, und dass diese nach wie vor isoliert werden, dass man Mauern errichtet, um für sie besondere Gebiete zu schaffen, dass man ihnen unterstellt, sie wären nicht an der Niederlassung, an festen Wohnsitzen, interessiert, dass man ihnen die niedrigsten Arbeiten zuweist – dann spricht das eine deutliche Sprache und erklärt manches.

Berühmte Persönlichkeiten, die fast jeder kennt, haben eine Sinti- und Roma-Herkunft. Welche fallen Ihnen da sofort ein?

Da bin ich froh, dass ich darauf einmal zu sprechen kommen kann. Ich denke, es sollte jeder wissen, dass Yul Brynner dazu gehört, den jeder kennt aus dem kassenfüllenden Film „Die glorreichen Sieben“, oder Bill Clinton, den ja auch jeder kennt, schätzt und ehrt, auch der hat eine solche familiäre Herkunft, oder auch Charlie Chaplin.

Ich möchte noch einmal zurückkommen auf das Denkmal für Unku. Sie haben angedeutet, dass es dafür nicht nur offene Türen gab. Wie ist das heute hier in Magdeburg?

Ganz offen gehen damit Kinder und Jugendliche um. Die sind zumeist nur – ich will mal nicht sagen: wissbegierig, die sind einfach neugierig oder gespannt. Aber die reagieren positiv, offen und hilfsbereit. Vorurteile in der Bevölkerung nannte ich schon. Was mich allerdings erschüttert hat, war das unendliche Schweigen des Kultusministeriums, und was mich noch mehr erschüttert hat, war, dass mir im Magdeburger Kulturbüro ganz deutlich

gesagt wurde, dass dieses Denkmal nicht im öffentlichen Interesse sei. In einer Stadt, die mit Nazismus so eindeutig zu tun hatte wie unsere – mehrere Konzentrationslager, das „Zigeunerlager“ im Holzweg – sollte allein das genügen, öffentliches Interesse deutlich zu machen. Öffentliches Interesse ist doch wohl jedes Gedenken an die Verfolgten des Naziregimes.

Sinti und Roma sind eigentlich Bezeichnungen, die Auskunft geben über die Herkunft dieser Mitbürger. Oftmals wird – selbst bei solch Feierlichkeiten, wie der Einweihung des Denkmals für Unku – von „Zigeunern“ gesprochen. Sie haben sich darüber im vergangenen Jahr sehr geärgert, dass so wenig sensibel und so wenig differenziert dieser Menschen gedacht wurde. Was ist dazu zu sagen?

Der Begriff Zigeuner ist als Schimpfwort aufzufassen, als Diskriminierung, und die Sinti und Roma lehnen diese Bezeichnung für sich auch ab. Die Bezeichnung Sinti betrifft alle, die aus Westeuropa stammen, Roma die aus den Balkanländern. Sie hatten noch gefragt, ob ich mit dem Begriff Zigeuner Schwierigkeiten habe – ich habe damit große Schwierigkeiten. Mich stört schon die „Zigeunermusik“ und das „Zigeunersteak“. Zwar war der Begriff „Zigeuner“ lange gängiger Sprachgebrauch, auch verwendet von berühmten Komponisten wie Liszt oder Autoren wie Mann und Hoffmann, vielleicht aus Unkenntnis oder des Zeitgeschmacks wegen. Aber es sollte Zeit sein, sich davon zu lösen. Denken Sie an den Wandel der Bezeichnung „Neger“.

Haben Sie das Gefühl, dass sich durch die Aktion für das Denkmal für Unku in dieser Situation etwas gebessert hat?

Ich denke ja. Hin und wieder liegen Blumen da, man weiß ja nicht von wem. Der



Stadtführerverband legt natürlich auch welche hin zu bestimmten Anlässen, ich denke, es war auch wichtig, dass im Zusammenhang mit dem 65. Jahrestag in diesem Jahr an beiden Magdeburger Gedenkorten Blumen niedergelegt wurden.

Beiden Orten heißt ...

An dem Denkmal am Dom, das Wolfgang Roßdeutscher vor etlichen Jahren geschaffen hat, und an dem im Flora-Park, das es ja erst seit einem Jahr gibt. Ich hielt für besonders wichtig, dass am Holocaust-Gedenktag auch eine Delegation im Flora-Park war, dass dieses Denkmal nicht so als privates Unternehmen angesehen wird oder als etwas, das nur den Flora-Park oder den Stadtführerverband angeht.

Worüber ich mich sehr gefreut habe und was ich sehr schön und gut finde ist, dass einer der Besitzer des Flora-Parks künftig die Pflege übernimmt. Das ist ein Brite, der sich bereit erklärt hat, die Kosten für die Pflege für die Anlage zu übernehmen. Roßdeutscher wird dafür sorgen, dass die schmutzabweisende Schutzschicht regelmäßig erneuert wird.

Ich möchte zu meiner Anfangsfrage zurückkommen. Was sollte und könnte und was müsste passieren, damit das

Gedenken an die Opfer der Nazibarbarie wach gehalten wird und ihrer öffentlich sich erinnert wird?

Was ich für wichtig halte, ist die Entwicklung eines bestimmten Zusammengehörigkeitsgefühls und eines gewissen Miteinanders. Wir haben ja hier schon ganz schön damit angefangen mit der Meile der Demokratie. Aus der Geschichte her weiß ich, dass es schon lange vor der Nazizeit Ansätze gegeben hat, dass die Sozialisten und die Kommunisten zusammen gegen die Nazis gehen sollten mit den Gewerkschaften. Bei Opfern von Gewalt halte ich das für besonders wichtig. Und dazu gehören die Sinti und Roma, die Juden, die Verfolgten aus religiösen Gründen, und alle anderen, Homosexuelle und wer noch dazu gehört; da würde ich es für notwendig halten, dass sich unter ihnen aber auch in der Bevölkerung der Gedanke ausbreitet, dass sie eigentlich alle zusammengehören und dass sie alle gemeinsam Sorge dafür tragen sollten, dass Gewalt und die Wiederholung solcher Gräueltaten vermieden werden.



Gisela Opitz ist seit Beendigung ihrer Tätigkeit als Lehrerin für Anglistik und Amerikanistik als Stadtführerin in Magdeburg tätig.

Regionalkonferenzen

Die Regionalkonferenzen werden genutzt, um über das inhaltliche Profil für die bevorstehenden Landtagswahlen und die Schwerpunkte für die kommende Legislaturperiode 2011–2016 zu diskutieren. Im zweiten Teil wird es um das neue Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE gehen.

8. Mai 2010 – Region Anhalt in Dessau, Rathaus, Ratssaal, Zerbster Straße 4
29. Mai 2010 – Region Altmark in Jeggeleben, Gaststätte „Feine Sache“
5. Juni 2010 – Region Magdeburg in Magdeburg, Haus der Gewerkschaften

Ablauf:

- 10.00 Uhr Begrüßung durch den Landesvorsitzenden, **Matthias Höhn**
- 10.15 Uhr Rede des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, **Wulf Gallert**
- 11.00 Uhr Diskussion
- 12.30 Uhr Pause
- 13.00 Uhr Vortrag der stellv. Landesvorsitzenden und Mitglied der Programmkommission, **Birke Bull**
- 13.30 Uhr Diskussion
- 14.50 Uhr Schlusswort

Nahe Aufgaben

■ Im Mai ballen sich nicht nur die hohen christlichen Feiertage, sondern in diesem Jahr auch politische Schicksalstermine. DIE LINKE blickt vor allem auf den 15./16. Mai in Rostock – Bundesparteitag: Wie geht es weiter nach Lafontaine? Und Bisky? Und nach Bartsch? Was wird der Basisentscheid bringen? Wie wird mit dem Programmwurf umgegangen – in all seiner Widersprüchlichkeit? Eine Woche vorher wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Zöge die LINKE dort ein, wäre es eine schöne Einstimmung für den schwierigen Parteitag. Ja, auch das...

„Bei dieser Wahl steht es auf Messers Schneide“, fürchtet sich CDU-Ministerpräsident Rüttgers. Zu Recht: Union und FDP haben in den Umfragen ihre Mehrheit verloren, die roten und grünen Oppositionsparteien liegen vorn. Wie im Land so auch im Bund. Bedeutet das etwas? Niemand schließt Rot-Rot-Grün an Rhein und Ruhr hundertprozentig aus. Am wenigsten Rüttgers. Am ehesten die LINKE. Aber grundsätzlich Nein sagen – das will auch hier niemand. Und das ist richtig. Denn es gibt vieles, was in Nordrhein-Westfalen wie in jedem anderen Bundesland entschlossenes Anpacken verlangt – und zwar

jetzt: Bildung, Gesundheitsversorgung und öffentliche Infrastruktur, Existenzsichernde Bezahlung bei öffentlichen Aufträgen, Einstieg in einen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, Sozialtickets und Sozialtarife, Gebührenfreiheit in Kitas und an Hochschulen, eine „Schule für alle“, Entschuldung strukturschwacher Kommunen, mehr direkte Demokratie, besserer Datenschutz und gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben! Erneuerbare Energien durchsetzen, aus der Stein- und Braunkohleverstromung schrittweise aussteigen – um das alles und noch viel mehr geht es in NRW.

Bärbel Beuermann, Spitzenkandidatin der NRW-Linken, führt noch einen weiteren Gedanken an: „Die Wählerinnen und Wähler haben jetzt die Chance, bei der NRW-Wahl die Bundesratsmehrheit der CDU zu kippen und damit z.B. auch die Kopfpauschale im Gesundheitswesen und weitere soziale Härten zu verhindern.“ Der Entwurf für das Parteiprogramm der LINKEN macht schließlich noch auf etwas anderes aufmerksam: „Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels ist (...) die bundespolitische Ebene. Hier liegen die meisten Kompetenzen, die dafür notwendig sind, hier erfolgen die meisten Weichenstellungen.“ Das gilt auch vieles von dem, was durch die LINKE in NRW in greifbare Nähe gerückt werden könnte. Es ist in Düsseldorf nicht anders als im Berliner Roten Rathaus oder in Potsdam.

LINKE aber wollen den Verweis auf bundespolitische Hemmnisse und Gegenkräfte nicht als Ausrede dafür verstanden

wissen, dass sie ihre Vorhaben nur begrenzt, manche gar nicht umsetzen können. Wir betrachten die Bundespolitik als Herausforderung – an uns selbst, an unsere Kraft in den Ländern wie auch im Bund. Nur gemeinsam, Seite an Seite, können wir hier zunächst die nötige Aufmerksamkeit für notwendige Veränderungen, schließlich wachsenden politischen Druck und am Ende tatsächliche Veränderungen auch auf Bundesebene erreichen. Einen gesetzlichen Mindestlohn, vernünftige finanzielle und arbeitsmarktpolitische Bedingungen für den ÖBS, die Ergänzung der Rohstoffsicherungsklausel im Bundesberggesetz um ökologische und soziale Kriterien als Voraussetzung für den Stopp von Tagebauen, die vollständige Aufhebung der Residenzpflicht, eine gerechtere Steuerpolitik – das alles gibt es nur, wenn auch im Bund andere Mehrheiten eine andere Politik machen.

Ein zu fernes Ziel? Nein – eine sehr nahe Aufgabe. Unrealistisch angesichts der außen- und sicherheitspolitischen Differenzen mit Rot-Grün? In vielem ist das nur eine Ausrede. Was ist das Bekenntnis der LINKEN, sich auf Bundesebene nicht an einer Regierung zu beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, anderes als die erklärte Absicht, im Fall einer eigenen Regierungsbeteiligung keine Kriegseintritte Deutschlands zuzulassen, Kampfeinsätze der Bundeswehr zu unterbinden und laufende Einsätze dieser Art zu beenden. Und ist es nicht ermutigend, dass z. B. die langjährige Forderung der LINKEN „Raus aus Afghanistan!“ nicht nur die Vorstellungen der Mehrheit der Deutschen trifft, sondern zunehmend auch die politischen Debatten bestimmt und zur politischen Perspektive geworden ist? Das ist der politische Rahmen, in dem im Mai eine Woche nach der NRW-Wahl der Bundesparteitag der LINKEN stattfindet. Daran werden wir gemessen – an nichts anderem. Und wir sollten es auch selber so halten.



Dr. Thomas Falkner

ist Referent für Grundsatzfragen in der LINKEN Landtagsfraktion in Brandenburg.

Da wächst was zusammen ...

Im April 2009 hatten wir angefangen: Auf Einladung aus Magdeburg hatten sich in Halberstadt die Landtagsfraktionen der LINKEN aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen zu einer Beratung zu gemeinsamen Themen der Landespolitik getroffen. Damals haben wir uns vor allem um den Kampf gegen Rechtsextremismus und die Förderung des Tourismus im Harz gekümmert – übrigens mit erheblicher Resonanz in den regionalen Medien.

Weiter ging es dann vor einigen Wochen mit einer gemeinsamen zweitägigen Sitzung unserer beiden Landesvorstände und am 12./13. April trafen sich erneut die Landtagsfraktionen, diesmal in Hitzacker. Hier standen die Haushaltsslage unserer beiden Bundesländer und ihrer Kommunen sowie die Energiepolitik im Mittelpunkt. Die Tage in Hitzacker waren nicht nur eine inhaltliche Bereicherung für beide Seiten. Inzwischen können sich auch fast alle Teilnehmer persönlich mit Namen begrüßen – was natürlich an die Niedersachsen höhere Anforderungen stellt, weil es in Sachsen-Anhalt ja schon viel mehr Abgeordnete gibt (aber wir holen bei unseren nächsten Wahlen 2013 auf!)

Was Landtagsfraktionen und Landesvorstände begonnen haben, setzt sich seit dem Start im April 2009 auf kommunaler Ebene fort. Eine Reihe von Kreisverbänden hat sich inzwischen verabredet, beispielsweise die Programmdiskussion als gemeinsame Veranstaltungen zu führen – mal in einem Kreis in Sachsen-Anhalt, mal in einem in Niedersachsen.

Das ist eine Entwicklung, die allen nützt. Tina Flauger hat das in ihrem Schlusswort in Hitzacker ungefähr so formuliert: Es gibt gemeinsame Diskussionen, die verändern nichts – und es gibt solche, bei denen beide etwas lernen und ihre Positionen weiterentwickeln. Letzteres war sowohl in Halberstadt als auch in Hitzacker der Fall. Das wird, so wage ich zu prognostizieren, auch Einfluß auf unser gemeinsames Programm haben – zum Beispiel in der Frage, wie wir unseren Anspruch, dass der öffentliche Dienst als

Arbeitgeber sein Gewicht erhöht, in die Tat umsetzen, wenn die Bevölkerung eines Bundeslandes massiv schrumpft. So entwickeln wir uns im Dialog zwischen Ost und West und damit als Gesamtpartei.

Wie kann das weitergehen? Am besten so: Innerhalb der nächsten Wochen telefoniert jeder Kreisverband in Sachsen-Anhalt und jeder in Niedersachsen mit jeweils einem aus dem anderen Bundesland und verabredet eine gemeinsame Tagung zum Beispiel zu Problemen der Kommunalpolitik und der Diskussion über den Programmentwurf. Am besten sind dabei solche Tagungen, die abends reichlich Zeit lassen, sich bei einem Bier, einem Wein oder einer Cola auszutauschen über das, was uns so politisch, beruflich und persönlich bewegt. Das zeigt nämlich: Uns verbindet nicht nur eine gemeinsame Idee. Wenn wir mit-, statt übereinander reden, werden wir feststellen: Wir sind ziemlich duftige Mitglieder einer ziemlich duften Partei – und damit zu Recht DIE LINKE, die nicht nur gekommen ist, um zu bleiben, sondern gekommen ist, um zu bleiben, um das Land zu verändern. Denn von uns hängt es ab, ob der Kurs in noch mehr Krieg und noch mehr Krise abgelöst wird durch eine Wende zum Frieden, zur sozialen Gerechtigkeit und zur Entfaltung der Demokratie in Kommunen, Land und Bund.

| **Manfred Sohn** ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Niedersächsischen Landtag.



Termine

25. April 2010

Auszählung des **Mitgliederentscheides** in der Bundesgeschäftsstelle durch die Wahlkommission des Parteitag

9. Mai 2010

Landtagswahl Nordrhein-Westfalen

15.-16. Mai 2010

Bundesparteitag der LINKEN in Rostock mit Gremienwahlen und Rechenschaftsbericht des Vorstandes.

Tagungsort ist die Stadthalle Rostock (Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH, Südring 90, 18059 Rostock).

Sitzungen des Landesvorstands

18. Mai 2010, 18.30 Uhr

LV-Sitzung in Magdeburg

8. Juni 2010, 18.30 Uhr

LV-Sitzung in Magdeburg

22. Juni 2010, 18.30 Uhr

LV-Sitzung in Magdeburg

12. Juni 2010

2. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

in Magdeburg, Kulturwerk Fichte

Bildnachweis

- © iofoto – Fotolia.com (1, 5, 7)
- © Anatoly Tipliyashin – Fotolia.com (4)
- © Elmunster – Fotolia.com (8)
- © diefotomacher – Fotolia.com (10)
- © Günter Schwab (11)
- © Mario Grünwald (13)
- © vege – Fotolia.com (14)



Gewalten – ein harter Stoff mit Witz, Lust und Wut

Der 1977 in Halle geborene Clemens Meyer ist eine der wichtigsten ostdeutschen Stimmen der Gegenwart. Meyer ist in Leipzig aufgewachsen, hat dort bis 2003 das Literaturinstitut besucht und lebt in der Messestadt.

Nach dem 500-seitigen Debütroman „Als wir träumten“ und dem Geschichtenband „Die Nacht, die Lichte“ erschien jetzt im Fischer-Verlag „Gewalten. Ein Tagebuch“. Der Autor führt mit Kurzgeschichten den Leser durch das Jahr 2009 von der Silvesternacht ins Hospiz, in die Bahnhofskneipe, in den Puff und zum Pferderennen. Amokläufer (Fall Winnenden) und Kindermörder (Fall Michelle in Leipzig), Wirtschaftskrise und geschlossene Anstalt sind die Folien, auf denen Meyer ungeschminkt, wahrhaftig, bewegend und teilweise auch drastisch sein erzählerisches Können ausbreitet.

Clemens Meyer sagt über sich selbst: „Literatur war immer meins, auch wenn ich nicht den klassischen Weg gegangen bin. Wenn ich manche Irrungen und Wirrungen mitmachte, hab ich die Biographien amerikanischer Schriftsteller vor mir gesehen: Jack London und Hemingway und Fitzgerald mit ihren Ausschweifungen. Das hat mich beruhigt, und ich hab mir gesagt: Wenn du jetzt mal 'n bisschen in der Gosse rumkrebst, kannst du trotzdem ein guter Schriftsteller werden. Und ich wäre nicht der, der ich heute bin, wenn ich nicht so aufgewachsen wäre, in diesem Viertel, unter meinen Freunden. Als Kind der Straße, wie man pathetisch sagt. Da hab ich das Stilistische, was mich als Schriftsteller ausmacht, gelernt. Mich kennen die Kumpels aus der Kneipe als Geschichtenerzähler.“

In „Gewalten – Ein Tagebuch“ werden genau diese Geschichten erzählt, die die Menschen – vom Intellektuellen bis zum Kumpel aus der Kneipe – bewegen. Er schildert den Tod des guten Freundes oder des eigenen Hundes tiefgründig ohne Kitsch und Sozialromantik. Meyer ist ein wichtiges Stück (ost)deutscher Prosa gelungen. Prädikat: unbedingt lesenswert.

Clemens Meyer: Gewalten – ein Tagebuch.

S. Fischer Verlag, Frankfurt/M., 2010, 223 Seiten
ISBN 310048603X, 16,95 Euro



Michael Moore und die Banker und die globale Krise

Welche Auswirkungen hat das skrupellose Verhalten von Großunternehmen und ihr ungebändigtes Profitstreben auf das Leben der Menschen? Nach „Bowling for Columbine“, „Fahrenheit 9/11“ und „Sicko“ untersucht der US-Dokumentarfilmer Michael Moore jetzt mit bissigem Humor die Ursachen und Auswirkungen der globalen Finanzkrise in seinem Heimatland. Wer Analyse erwartet, wird von dem Dok-Film „Kapitalismus – eine Liebesgeschichte“ enttäuscht, wer aber die Perversionen von Banken, Versicherungen und Konzernen im vergangenen Jahr noch einmal in schriller Art sehen möchte, wird dies in zwei eindrucksvollen Stunden vor Augen geführt bekommen. Aber Moore zeigt neben Perversionen auch Alternativen, wie eine Taxi-Genossenschaft oder eine „Volksbank“ in North Dakota. Immerhin wurde Moores Kapitalismuskritik bei den Filmfestspielen in Venedig mit einem „Goldenen Löwen“ ausgezeichnet.

Michael Moore: Kapitalismus – eine Liebesgeschichte

DVD, 122 Minuten
ASIN: B0038LQU5M, 14,99 Euro